

„Rhetorik ist noch kein Klimaschutz“

Grünen-Politikerin Bärbel Höhn über den Berliner Energiegipfel und die Ziele einer konsequenten CO₂-Politik

— **Frankfurter Rundschau:** Der Berliner Energiegipfel hat ur-grüne Politik verabschiedet: Haushalte und Industrie sollen ihre Energie-Effizienz bis 2020 verdoppeln. Der Stromverbrauch soll sinken. Das muss Sie doch zufrieden stellen, oder?

Bärbel Höhn: Die Ziele hören sich gut an, aber leider sind das nur Worte. Sie sind nicht mit konkreten Maßnahmen verbunden worden. Außerdem: Das Energieeffizienz-Ziel ist nur halb so viel wert, wie es scheint. Kanzlerin Merkel hat ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sie von der Lage im Jahr 1990 ausgeht. Die Energieeinsparungen durch den Zusammenbruch der Industrie in Ostdeutschland und die Erfolge, die Rot-Grün geschafft hat, hat sie gleich eingerechnet.

— **Gipfel-Beschluss ist:** Der Energieverbrauch soll bis 2020 um 20 Prozent sinken. Reicht das?

Man muss da noch ambitionierter herangehen. Zum Beispiel: Beim Strom ersetzen wir die sukzessive auslaufende Atomkraft durch Energieeinsparung und mehr Effizienz. Das wären rund 30 Prozent. Dass das ohne Komfortverlust geht, haben viele Studien gezeigt.

— **Die Einzelpunkte sind doch konsensfähig:** Bessere Häuserdämmung, Sprit sparende Autos, bessere Energie-Kennzeichnung für Geräte...

Auch hier: Viele Worte, nichts dahinter. Nehmen Sie den Bereich Gebäudedämmung. Hier müsste nach der EU-Vorschrift bereits seit Januar 2006 der so genannte Energiepass eingeführt sein, anhand dessen zukünftige Mieter erkennen können, ob die Wohnung oder das Haus hohe Heizkosten hat oder nicht. Aber die zuständigen Minister Glos, Gabriel und Tiefensee streiten immer noch darum, wie der Pass auszusehen hat. Ein Trauerspiel. Bloße Energiespar-Rhetorik macht noch keinen Klimaschutz.

— **Der Gipfel hat sich für eine Intensive**

Klimaschutz-Politik ausgesprochen, aber keine konkreten CO₂-Einsparziele genannt. Welche wären sinnvoll?

Das Kyoto-Ziel – minus 21 Prozent Treibhausgase gegenüber dem Basisjahr 1990 – reicht nur bis 2012. Deutschland sollte für 2020 eine Minderung um 40 Prozent anpeilen. Wir müssen hier in der EU Vorreiter sein, weil Deutschland mit seinen vielen Braun- und Steinkohle-Kraftwerken stark zur CO₂-Belastung beiträgt. Für die Gesamt-EU sollte das Ziel minus 30 Prozent sein.

— **Eine Verdoppelung des Kyoto-Ziels in acht Jahren zu erreichen, ist ambitioniert. Richtig, aber erreichbar, wenn die Potentiale endlich ausgeschöpft werden. Die Wirtschaft hat sich zum Beispiel verpflichtet, mehr Kraftwerke zu bauen, die dank Kraft-Wärme-Koppelung den Brennstoff viel besser ausnutzen. Aber geschehen ist viel zu wenig. Der Anteil ist so niedrig geblieben wie er war, bei zehn Prozent. Die Bundesregierung muss die Unternehmen hier endlich in die Pflicht nehmen. Merkel hätte das auf dem Gipfel einfordern müssen.**

— **Kanzlerin Merkel hat garantiert, dass am Atomkonsens nicht gerüttelt wird. Die SPD führt die rot-grüne Politik weiter...**

Der Streit ums Atom ist de facto nur vertagt, beim dritten Gipfel im Frühjahr steht das Thema wieder auf der Tagesordnung. Die Union ist offenbar zur Zeit zu schwach, um auch hier noch einen richtigen Koalitionsstreit vom Zaun zu brechen. Ich garantiere Ihnen: CDU und CSU werden da nicht locker lassen – und die Stromkonzerne auch nicht.

— **RWE hat eine Laufzeit-Verlängerung für Biblis beantragt. Wann gehen die anderen Konzerne aus der Deckung?**

Vattenfall wird es bei Brunsbüttel versuchen, und EnBW hat auch bereits laut darüber nachgedacht. Die Konzerne haben bisher immer als Oligopole agiert, sich also gut abgesprochen. Es wird auch diesmal eine konzertierte Aktion werden.

— **Die Konzerne haben allerdings momentan kräftig Gegenwind. Wirtschaftsminister Glos will ein schärferes Kartellrecht. Hat er Ihre Unterstützung?**

Unsere Unterstützung hat er, wenn es darum geht, mehr Wettbewerb zu bekommen. Aber auch hier gilt: die Worte sind anders als die Taten. Deutschland kämpft als einziges Land in der EU gegen eine Entflechtung von Stromproduktion und Stromnetz-Betrieb. Das wäre aber doch die Voraussetzung, um neue Anbieter in den Markt zu bekommen.

— **Union und SPD attackieren die Stromkonzerne in einer Weise, wie ein grüner Umweltminister Jürgen Trittin es nicht gewagt hätte. Hessens CDU-Wirtschaftsminister Alois Rhiel hat sogar angedroht, die Stromkonzerne notfalls zu zerschlagen, um mehr Wettbewerb zu bekommen.**

Da sehen sie den Unterschied: Trittin war unter Rot-Grün die treibende Kraft bei der Schaffung der Bundesnetzagentur, die durch Kürzung der Netzentgelte nun wenigstens etwas mehr Wettbewerb in den Markt bringt. Die Union kämpfte damals vehement dagegen.

Interview: Joachim Wille

INTERVIEW

■ **Bärbel Höhn** ist Vize-Fraktionschefin der Grünen im Bundestag. Sie war bis 2005 Umweltministerin der rot-grünen Regierung in Nordrhein-Westfalen. Ihre Top-Themen dort: Verbraucherschutz, Erneuerbare Energien, Kampf gegen BSE. Sie kämpfte allerdings vergeblich gegen die Ausweitung des Braunkohle-Tagebaus. Im Interview fordert sie, das deutsche Klimaschutz-Ziel deutlich zu verschärfen. Bis 2020 soll der CO₂-Ausstoß gegenüber dem Kyoto-Basisjahr 1990 um 40 Prozent sinken – statt um 21 Prozent bis 2012. JW